

Indien im Überblick

zusammengestellt von Felicia Scheliga

Kontroverse um Einführung einer neuen Armutsgrenze

Indien will eine Armutsgrenze einführen, die deutlich unterhalb der international anerkannten und bisher auch in Indien gültigen Maßstäbe liegt. Dadurch könnten Millionen von Menschen über Nacht die Berechtigung verlieren, von staatlichen Wohlfahrtsprogrammen unterstützt zu werden, Lebensmittelrationen oder auch billigeren Brennspiritus zu erhalten. Die Kommission, die die Wirtschaftspläne der drittgrößten Volkswirtschaft Asiens aufstellt, arbeitet an einem Gesetz zur Sicherung der Lebensmittelversorgung. Darin heißt es, jeder Städter, der mehr als 32 Rupien (0,47 Euro) täglich zur Verfügung habe, gelte nicht mehr als arm. Auf dem Lande soll die Obergrenze bei 26 Rupien liegen. Die genannten Beträge gelten für Lebensmittel, Gesundheit und Bildung. Ursprünglich wollte die Kommission die Grenze bei 20 und 15 Rupien ziehen – dies wies das Oberste Gericht jedoch Mitte Mai zurück. Der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, der anerkannte Ökonom Montek Singh Ahluwalia, verwies darauf, dass die neu definierte Armutsgrenze nicht zwingend bedeute, dass es oberhalb dieser Grenze keine Unterstützung der Regierung mehr gebe. Die Vorgaben der Weltbank besagen, dass 1,25 Dollar gemessen in Kaufkraftparität als Grenze zur extremen Armut gelten. Demnach leben schätzungsweise 41,6 Prozent, d.h. 500 Millionen der gut 1,2 Milliarden Inder in extremer Armut. Ein Ausschuss der indischen Regierung war 2009 zu dem Schluss gekommen, dass 400 Millionen Inder unterhalb der Armutsgrenze lebten. Die Weltbank hat Indiens Armutsbekämpfung kritisiert, weil diese unter Bestechung und Missmanagement leide. Die indische Opposition wirft der Regierung vor, lächerliche Erhebungen anzustellen und abgehoben von der Lebenswirklichkeit zu handeln: „Sie haben keine Ahnung von Armut und gehen nicht hinaus in die ländlichen Regionen“, kritisierte der ehemalige Finanzminister Yashwant Sinha die Minister. Auch innerhalb der Regierung brodelt es: Jairam Ramesh, Minister für ländliche Entwicklung, forderte die Planungskommission im September auf, andere Messwerte auszuarbeiten. Bis Januar 2012 sollen staatliche Wohlfahrtsprogramme sich noch an den bisher geltenden Armutskindikatoren orientieren.

Indien plant Ausbau seiner Seehäfen

Indien will sein wirtschaftliches Wachstum durch den Ausbau der Infrastruktur stabilisieren. Die indische Politik wendet sich nun dem Ausbau der Häfen zu. Rund 90 Prozent aller Exportgüter werden über den Seeweg aus Indien ausgeführt. Derzeit besitzt das Land jedoch nur 13 große Seehäfen. Bis Ende März 2017 sollen 7,6 Milliarden Dollar in den Bau von sieben neuen Häfen investiert werden. Insgesamt könnten bis 2020 rund 60 Milliarden Dollar in den Ausbau der Hafenstruktur von Indiens Volkswirtschaft fließen, heißt es in Neu Delhi. Mit dem Programm soll ein Engpass beseitigt werden, der derzeit das Wachstum behindert. Exporteure klagen über Lieferzeiten von rund 45 Tagen über indische Häfen, während sie in China bei etwa sieben Tagen liegen. Indiens Handelsministerium ermittelte, dass die Ausfuhr über einen indischen Hafen mehr als doppelt so teuer ist wie diejenige aus Singapur und im Durchschnitt vier Tage dauert, während Hongkong sie in sechs Stunden abwickelt. Den indischen Seehäfen fehlt es an verkehrstechnischer Anbindung, an Kränen sowie an verfügbaren Arbeitskräften für eine rasche Abfertigung und Verzollung. Ähnlich wie im Straßenbau bleiben die Pläne zum Ausbau der Häfen allerdings abhängig vom guten Willen privater Investoren. Hafenbetreiber wie *DP World* aus Dubai oder *APM Terminals* der Reederei *Moeller-Maersk* sollen zwei Drittel der erforderlichen 7,6 Milliarden Euro zur Entwicklung beitragen. Die Geldgeber fordern dafür allerdings ein verlässliches Investitionsklima und niedrige bürokratische Hürden.

Öffnung des Einzelhandels für internationale Handelskonzerne geplant

Die Regierung in Delhi hat im November eine Öffnung des indischen Einzelhandelssektors für internationale Handelskonzerne angekündigt. Handelsminister Anand Sharma präsentierte die Regierungspläne trotz heftigen Widerstands im Parlament. Man erhoffe sich dadurch etwa zehn Millionen neue Arbeitsplätze in den nächsten drei Jahren, sagte der Minister. Neu ist, dass Einzelhandelsketten in Zukunft auch mehrheitlich ausländischen Konzernen gehören dürfen. Multinationale Handelsriesen wie die amerikanische *Walmart*-Gruppe oder *Tesco* aus Großbritannien drängen seit Jahren auf eine Öffnung des zukunftssträchtigen indischen Marktes, dessen Volumen auf 440 Milliarden Euro ge-

schätzt wird. Die bisherigen Regelungen bevorzugten kleine Läden: Nur etwa ein Prozent der Lebensmittel in Indien wird nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen bisher in Supermärkten gekauft. Der indische Handelsverband begrüßte die Entscheidung, da sie den etwa 1,2 Milliarden indischen Konsumenten mehr Auswahl bringe. Widerstand kam sowohl von den Oppositionsparteien als auch von Mitgliedern der regierenden Kongresspartei. Wegen Protesten der Opposition musste die Parlamentssitzung am 25. November unterbrochen werden. Sie forderte, dass die Regierung die Maßnahme zurücknimmt. Die Öffnung werde zu einem Sterben der Kleinbetriebe und massiver Arbeitslosigkeit führen, meinte der frühere Finanzminister Yashwant Sinha von der oppositionellen BJP-Partei.

Lebenslange Haft für gewalttätige Hindus

Ein indisches Gericht hat Anfang November 31 Hindus zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten vor neun Jahren während gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen ein Haus in Brand gesteckt, in dem Muslime Schutz gesucht hatten. 33 Menschen kamen bei dem Feuer um, darunter 20 Frauen. Weitere 41 Verdächtige wurden aus Mangel an Beweisen vom Mordverdacht freigesprochen. Zwei Angeklagte starben bereits während des langwierigen Prozesses. Die Tat ereignete sich in einem Dorf 40 Kilometer nördlich von Ahmedabad, der Hauptstadt des Unionstaates Gujarat. Während der Unruhen 2002 kamen in Gujarat über 1000 Menschen ums Leben, meistens Muslime. Auslöser war ein Zugbrand, bei dem 60 Hindu-Pilger getötet worden waren. Die Schuld gab man den Muslimen. 14 Prozent der indischen Bevölkerung sind Muslime. Gegenüber der hinduistischen Mehrheit sind sie in vielen sozialen Belangen benachteiligt, unter anderem in Bezug auf Einkommen und Bildung.

Bombenanschlag in Neu Delhi

Bei einem Sprengstoffanschlag vor dem Obersten Gericht in Neu Delhi kamen am 7. September 11 Menschen ums Leben, 76 sind zum Teil schwer verletzt worden. Einem Medienbericht zufolge übernahm eine radikalislamische Terrorgruppe die Verantwortung. Die Explosion war bereits die zweite in der Nähe des Obersten Gerichts in diesem Jahr. Am 25. Mai war es dort zu einer kleinen Detonation gekommen, als eine Autobombe nicht richtig zündete. Es war der erste folgenschwere Anschlag in Indien seit dem 13. Juli, als in drei Stadtvierteln von Mumbai 21 Menschen bei Bombenexplosionen getötet und 120 weitere Menschen verletzt wurden.

Indische Antarktisforschung auf dem Vormarsch

Indien baut eine zweite Forschungsstation in der Antarktis. Der Bau soll Ende 2011 beginnen und rund vier Monate dauern – eine Herausforderung bei extremen Temperaturen. An der technischen Umsetzung sind mehrere norddeutsche Unternehmen beteiligt. Die Station *Bharati* des Indischen Antarktis-Instituts soll im März eröffnet werden und vor allem der Umwelt-, Klima-, und Medizinforschung dienen. Insgesamt gibt es 45 ganzjährig besetzte Forschungsstationen von achtzehn Nationen in dieser Region.

Erstes Formel-1-Rennen in Indien – auf enteignetem Kleinbauernland

In der Satellitenstadt *Greater Noida* im Südosten von Neu-Delhi wurde am 30. Oktober 2011 zum ersten Mal ein Formel-1-Rennen auf indischem Boden auf der neu errichteten Rennstrecke *Buddh International Circuit* ausgetragen. Der Sieger hieß Sebastian Vettel. Die 450 Millionen Dollar teure hochmoderne Rennstrecke wurde von dem Privatunternehmen *Jaypee* auf Land errichtet, dessen Besitzverhältnisse umstritten sind. Die Kleinbauern, denen es gehörte, waren vor sechs Jahren von der Regierung des Bundesstaates Uttar Pradesh nach einem Gesetz aus dem Jahr 1894 „für öffentliche Zwecke“ enteignet und mit einer Entschädigung abgetan worden. Dann verkaufte die Regierung an *Jaypee* weiter. Für das beim Formel-1-Rennen von Indien ausgeschüttete Gewinner-Preisgeld hätten die Arbeiter, die am Ausbau der Rennstrecke beteiligt waren, zehn Jahre jeden Tag ihrer Beschäftigung nachgehen müssen.

Wer wird Millionär?

Bei der indischen TV-Serie „Wer wird Millionär?“ hat Anfang November erstmals ein Kandidat alle Fragen richtig beantwortet. Diese Fernsehsendung hatte für den 2009 mit acht Oscars ausgezeichneten Film *Slumdog Millionaire* Pate gestanden. Der jetzige Gewinner Sushil Kumar, 25 Jahre alt, ist Lehrer in Bihar, einem der ärmsten Bundesstaaten Indiens. Eigentlich wollte Kumar bei dem Fernsehspiel nur das Geld für die Instandsetzung seiner reparaturbedürftigen Hütte gewinnen. Nun fürchtet die Familie um die Entführung ihres Angehörigen. Solche Befürchtungen sind in Armutsgebieten wie Bihar nicht ganz unbegründet. Erpressungen und Entführungen sind in solchen Fällen keine Seltenheit, denn verheimlichen lässt sich Sushil Kumars plötzlicher Reichtum nicht.